



AMTSBLATT

der Stadt Mönchengladbach

Nr. 43 Sonderdruck

Jahrgang 46
15. Oktober 2020

Der Oberbürgermeister gibt bekannt:

Allgemeinverfügung der Stadt Mönchengladbach zum Verbot von Veranstaltungen mit mehr als 1000 erwarteten Besuchern / Teilnehmern zur Verhütung einer Verbreitung des Corona-Virus SARS-CoV-2 nach dem Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz)

Gemäß § 28 Abs. 1 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) in Verbindung mit § 3 Abs. 1 des Infektionsschutz- und Befugnisgesetzes (IfSBG-NRW) und § 15 a Abs. 2 Ziff. 2 der (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) jeweils in der z. Zt. gültigen Fassung und aufgrund des Erlasses der Landesregierung vom 12.10.2020 erlässt die Stadt Mönchengladbach zur Verhütung der Weiterverbreitung von SARS-CoV-2 Virus-Infektionen folgende Allgemeinverfügung:

I. Private Feste (Veranstaltungen mit vornehmlich geselligem Charakter)

1. Private Feste sind gem. § 13 Abs. 5 CoronaSchVO nur aus einem herausragenden Anlass, z.B. als Jubiläum, Hochzeits-, Tauf- Geburtstags- oder Abschlussfeier, zulässig. Als herausragender Anlass gilt dabei ausschließlich ein besonderer (z.B. 18. Geburtstag) oder runder Geburtstag (z.B. 50. Geburtstag). Die Zulässigkeit von Abschlussfeiern als herausragender Anlass bezieht sich dabei auf die Feier eines geschlossenen Abschlussjahrgangs.
2. Für private Feste nach § 13 Abs. 5 CoronaSchVO, die außerhalb der eigenen Wohnung mit zeitgleich mehr als 25 erwarteten Personen stattfinden, gilt ab dem Tag der Bekanntmachung eine Anzeigepflicht. Veranstalter und damit anzeigepflichtig sind die Personen, die zu einem solchen Fest einladen.
3. Der Anzeige ist eine ausführliche Darstellung des Veranstalters beizufügen, welche Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung von SARS-CoV-2 getroffen werden. Diese Darstellung muss eine Begründung enthalten, warum eine Verschiebung oder Absage der Veranstaltung nicht in Betracht kommt.

4. Die Überlassung von gewerblichen Räumlichkeiten, Nebenräumen von Gaststätten, Vereinsheimen, Freizeiteinrichtungen oder ähnlichen Räumlichkeiten für die in Ziffer 1 genannten Feste ist dem Ordnungsamt schriftlich (Stadt Mönchengladbach, Ordnungsamt, 41050 Mönchengladbach) oder per E-Mail (hotline32@moenchengladbach.de) von den Inhabern der Räume anzuzeigen.
5. Die Anzeige von Veranstaltungen von privaten Festen nach Ziff. 2 muss unter Angabe von Anlass, verantwortlicher Person, Veranstaltungsort und voraussichtliche Teilnehmerzahl spätestens drei Werktage vor dem geplanten Termin schriftlich (Stadt Mönchengladbach, Ordnungsamt, 41050 Mönchengladbach) oder per Mail (hotline32@moenchengladbach.de) beim Ordnungsamt der Stadt Mönchengladbach vorliegen.

Hinweis:

Ab einer 7-Tages-Inzidenz von 50 dürfen gem. § 15a Abs. 3 CoronaSchVO an Festen nach § 13 Abs. 5 in öffentlichen oder angemieteten Räumlichkeiten höchstens 25 Personen teilnehmen.

Ausnahmen in Einzelfällen davon sind nur durch Genehmigung des Ordnungsamtes auf der Basis eines besonderen Hygiene- und Infektionsschutzkonzeptes nach § 2b Abs. 1 CoronaSchVO zulässig.

II. Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Besuchern

Veranstaltungen mit mehr als 1.000 Teilnehmern sind untersagt. Ausnahme sind Versammlungen nach dem Versammlungsgesetz und Veranstaltungen, die der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder der Daseinsfür- und vorsorge zu dienen bestimmt sind.

III. Öffentliche Veranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Aufführungen und Konzerte

1. Für öffentliche Veranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Konzerte, Aufführungen und ähnliche Veranstaltungen gelten die unter Ziff. 2-8 genannten, weitergehenden Schutz- und Kontrollmaßnahmen zusätzlich zu den bestehenden Vorschriften aus der CoronaSchVO sowie den besonderen Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten.
2. Durch geeignete Maßnahmen (z.B. Ordnerpersonal) ist sicherzustellen, dass das Hygiene- und Infektionsschutzkonzept genau beachtet und eingehalten wird.
3. Die einzuhaltenden Abstände (auch in Einlass- und Wartebereichen, vor Sanitäreinrichtungen und gastronomischen Einrichtungen etc.) sind zu kontrollieren.
4. Es dürfen ausschließlich Haushaltsgemeinschaften nebeneinander sitzen und dazwischen ist der Abstand von 1,50 m einzuhalten.
5. Im Rahmen der besonderen Rückverfolgbarkeit gem. §2a Abs. 2 CoronaSchVO ist eine namentliche Sitzplandokumentation zu erstellen.
6. Es ist sicherzustellen, dass die Personendaten im Rahmen der Rückverfolgbarkeit korrekt und leserlich sind, insbesondere ist zu vermeiden, dass Teilnehmer offensichtlich falsche Personendaten angeben.
7. Die Verpflichtung zum ständigen Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung besteht auch am Sitzplatz.
8. Es muss sichergestellt werden, dass Gäste bei musikalischen Beiträgen nicht mitsingen.

IV. Sportveranstaltungen

1. Für Sportveranstaltungen in geschlossenen Räumlichkeiten gelten die unter Ziff. 2 und 3 genannten, weitergehenden Schutz- und Kontrollmaßnahmen zusätzlich zu den bestehenden Vorschriften aus der CoronaSchVO und den besonderen Hygiene- und Infektionsschutzkonzepten.
2. Zuschauer sind von Sportveranstaltungen in geschlossenen Räumlichkeiten auszuschließen.
3. Es ist sicherzustellen, dass die Personendaten aller an der Sportveranstaltung Beteiligten im Rahmen der Rückverfolgbarkeit korrekt und leserlich sind, insbesondere, dass niemand offensichtlich falsche persönliche Daten angibt.

V. Diese Anordnungen sind sofort vollziehbar.

VI. Diese Anordnungen gelten für das gesamte Gebiet der Stadt Mönchengladbach.

VII. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft und gilt bis zum Ablauf des 14.11.2020

Rechtsgrundlagen

- §§ 13, 15a der Verordnung zum Schutz vor Neuinfizierungen mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 (Coronaschutzverordnung – CoronaSchVO) vom 30. September 2020 (GV. NRW. S. 978)
- § 3 Infektionsschutz- und Befugnisgesetz –IfSBG-NRW- vom 14. April 2020 (GV.NRW. S. 218b)
- § 28 Abs. 1 Infektionsschutzgesetz - IfSG - vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045), neu gefasst durch Artikel 1 Nr. 6 des Gesetzes vom 27. März 2020 (BGBl. I S. 587) sowie § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG
- §§ 35 Satz 2, 41 Abs. 3 und 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 23. Januar 2003 (BGBl. S. 102), geändert durch Artikel 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (BGBl. S. 2639)
- § 80 Abs. 2 Verwaltungsgerichtsordnung – VwGO - vom 19. März 1991 (BGBl. I S. 686)

Begründung:

Die weltweite Ausbreitung der Lungenerkrankung COVID-19 wurde am 11.03.2020 von der WHO zu einer Pandemie erklärt. Sowohl in Deutschland als auch weltweit handelt es sich um eine dynamische und ernstzunehmende Situation, in der mehrere tausend Menschen zu Tode gekommen sind. Die Zahl der Infektionsfälle nimmt weiterhin zu. Mithin kommt es bundesweit zu unterschiedlich starken Ausbruchsgeschehen, insbesondere im Zusammenhang mit Feiern im Familien- und Freundeskreis, Sportveranstaltungen und bei Gruppenveranstaltungen.

Bei dem Virus SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Nr. 1 IfSG. Der Virus wird von Mensch zu Mensch übertragen. Hauptübertragungsweg ist die Tröpfcheninfektion. Dies kann direkt von Mensch zu Mensch über die Schleimhäute der Atemwege geschehen oder auch indirekt über Hände, die dann mit Mund- oder Nasenschleimhaut sowie der Augenbindehaut in Kontakt gebracht werden. Insofern erhöht sich das Risiko einer Ansteckung mit dem SARS-CoV-2 Virus bei engem Kontakt ohne Einhaltung von Mindestabständen und bei Veranstaltungen mit einer hohen Besucherzahl potentiell und damit steigt die Gefahr, dass sich die Infektionen in der Bevölkerung weiterverbreiten. Das Zusammentreffen größerer Personengruppen in der Öffentlichkeit, auf Sportanlagen und bei Freizeitaktivitäten sowie insbesondere bei Festen mit

geselligem Charakter ohne Einhaltung von Abständen führt daher zu einem erhöhten Risikopotenzial.

Das Infektionsrisiko ist stark von dem individuellen Verhalten (AHA-Regel: Abstand halten, Hygiene beachten, Alltagsmasken tragen), der Belüftungssituation in den Räumlichkeiten und der regionalen Verbreitung abhängig. Bei der Übertragung spielen Risikobegegnungen (wie z.B. 15 Minuten andauernder face-to-face Kontakt bei Nichteinhaltung von Mindestabständen und Maskenpflicht) eine besondere Rolle. Die Aerosolausscheidung steigt bei lautem Sprechen, Singen oder Lachen stark an. Insbesondere in geschlossenen Räumen steigt das Risiko einer Übertragung deutlich und besteht auch, wenn ein Abstand von mehr als 1,5 m eingehalten wurde. Wenn der Mindestabstand von 1,5 m ohne Mund-Nasen-Bedeckung unterschritten wird, z. B. wenn Gruppen von Personen an einem Tisch sitzen, feiern, tanzen oder bei größeren Menschenansammlungen, besteht auch im Freien ein erhöhtes Übertragungsrisiko.

Mit Blick auf das derzeitige Infektionsgeschehen im Zusammenhang mit SARS-CoV-2 in Deutschland schätzt das Robert-Koch-Institut (RKI) die Gefährdungslage für die Gesundheit der Bevölkerung in Bezug auf die Verbreitung des Virus als hoch, für Risikogruppen als sehr hoch ein. Aufgrund der dynamischen Lage kann diese Einschätzung sich kurzfristig durch fortlaufend neue Erkenntnisse der medizinischen und epidemiologischen Forschung ändern.

Laut RKI sind zur Bewältigung der aktuellen Weiterverbreitung des SARS-CoV-2 Virus „massive Anstrengungen auf allen Ebenen des Öffentlichen Gesundheitsdienstes erforderlich“. Dabei wird das Ziel verfolgt, die Infektionen in Deutschland so früh wie möglich zu erkennen und die weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen bzw. so weit wie möglich zu verzögern. Damit sind gesamtgesellschaftliche Anstrengungen wie die Reduzierung von sozialen Kontakten und Einschränkungen durch die Beachtung von Hygiene- und Verhaltensregeln mit dem Ziel der Vermeidung von Infektionen im privaten, beruflichen und öffentlichen Bereich sowie eine Reduzierung der Reisetätigkeit verbunden.

Um das Gesundheitswesen nicht zu überlasten und die erforderlichen Kapazitäten für die Behandlung der Erkrankten, aber auch sonstige Krankheitsfälle bereit zu halten und die erforderliche Zeit für die Entwicklung bislang nicht vorhandener Therapeutika und Impfstoffe zu gewinnen, ist es notwendig, den Eintritt von weiteren SARS-CoV-2-Infektionen zu verhindern bzw. zu verzögern.

Daraus lässt sich ableiten, dass gerade Zusammenkünfte mit erhöhten Teilnehmer-/Besucherzahlen oder solche mit einem erhöhten Gefährdungspotential, sei es der Struktur, dem Verhalten der Besucher oder den Gegebenheiten der Zusammenkunft geschuldet, durch weitergehende Schutz- und Kontrollmaßnahmen eingeschränkt werden müssen. Nur so kann erreicht werden, dass eine Weiterverbreitung der Infektionen mit dem SARS-CoV-2 Virus in der Bevölkerung verhindert wird oder zumindest verlangsamt wird.

Aktuell steigen die Infektionszahlen in Deutschland (Stand 15.10.2020: 341.223, d. h. 6.638 Fälle mehr als am Vortag) und insbesondere in Nordrhein-Westfalen (Stand 15.10.2020: 84.161, d. h. 1.805 Fälle mehr als am Vortag) wieder deutlich an. Damit ist die Infektionszahl im Verhältnis zum Vortag in NRW mit Abstand am höchsten in ganz Deutschland.

Bei der überwiegenden Zahl der Fälle verläuft die Erkrankung mild. Die Wahrscheinlichkeit für schwere und auch tödliche Krankheitsverläufe nimmt mit zunehmendem Alter und bestehenden Vorerkrankungen zu. So beträgt die Anzahl der Todesfälle in Verbindung mit dem Virus SARS-CoV-2 in Deutschland 9.710, davon in NRW 1.931 (Stand: 15.10.2020). Das individuelle Risiko kann anhand der epidemiologischen/statistischen Daten nicht abgeleitet werden. So kann es auch ohne bekannte Vorerkrankungen und bei jungen Menschen zu schweren bis hin zu lebensbedrohlichen Krankheitsverläufen kommen. Langzeitfolgen, auch nach leichten Verläufen, sind derzeit noch nicht absehbar oder belegbar.

In der Stadt Mönchengladbach ist derzeit ein zunehmendes Infektionsgeschehen zu verzeichnen. Aktuell sind Menschen im Stadtgebiet 116 Personen mit dem Coronavirus infiziert, im Vergleich zum Vortag sind 7 infizierte Personen mehr registriert (Stand: 15.10.2020).

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt, so trifft die zuständige Behörde gem. § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG die notwendigen Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Unter diesen Voraussetzungen kann die zuständige Behörde gemäß § 28 Abs. 1 Satz 2 1. Halbsatz IfSG Veranstaltungen oder sonstige Ansammlungen von Menschen beschränken oder verbieten.

Ausgehend von der Gesetzesbegründung sind hiervon alle Zusammenkünfte von Menschen erfasst, die eine Verbreitung von Krankheitserregern begünstigen.

Für diese Anordnungen zur Bekämpfung übertragbarer Krankheiten ist die Stadt Mönchengladbach als örtliche Ordnungsbehörde nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) zuständig.

Die Stadt Mönchengladbach kann nach der Ermächtigung durch das Infektionsschutzgesetz in Verbindung mit den Bestimmungen der Coronaschutzverordnung NRW alle notwendigen Maßnahmen treffen, die zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich sind. Ein wesentlicher Indikator für besondere Schutzmaßnahmen auf örtlicher Ebene ist dabei die Zahl der Neuinfektionen innerhalb von sieben Tagen bezogen auf 100.000 Einwohner (7-Tage-Inzidenz).

Mit Erlass vom 12.10.2020 hat das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) die Weisung erteilt, bei Überschreiten des Wertes von 35 bestimmte Schutzmaßnahmen anzuordnen.

Zusätzlich sind bei einer örtlichen Häufung von Infektionsfällen mit einer 7-Tage-Inzidenz von 35 gem. § 15a Abs. 2 Ziff. 2 CoronaSchVO lokale Schutzmaßnahmen umzusetzen, soweit das Infektionsgeschehen nicht ausschließlich auf bestimmte Einrichtungen zurückzuführen ist. Bei einer 7-Tage-Inzidenz von 50 sind gem. § 15a Abs. 3 CoronaSchVO zwingend Schutzmaßnahmen anzuordnen. Für private Feste außerhalb der eigenen Wohnung werden anhand dieser Werte Beschränkungen der Gästezahl unmittelbar in § 15a CoronaSchVO geregelt (ab dem Wert von 50 max. 25 Teilnehmer).

Diese Einschränkungen, auf die sich Bund und Länder geeinigt haben, entsprechen dem regionalen, differenzierten Vorgehen der „lokalen Corona-Bremse“. Generell sind Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, genau und kritisch abzuwägen, ob und in welchem Umfang private Feierlichkeiten wirklich notwendig sind.

Für das Gebiet der Stadt Mönchengladbach liegt dieser Wert der 7-Tage-Inzidenz aktuell bei 36,7 (Stand: 15.10.2020). Vor diesem Hintergrund greifen auf dem Gebiet der Stadt Mönchengladbach die abgestimmten Schutz- und Kontrollmaßnahmen zur Verhinderung oder zumindest zur Eindämmung der Weiterverbreitung des Virus. In Mönchengladbach ist inzwischen eine Vielzahl von Infektionsfällen festgestellt worden, bei denen das Coronavirus nachgewiesenermaßen im Rahmen von Zusammenkünften größerer Menschengruppen und privaten Feiern verbreitet wurde.

Daher sehe ich mich veranlasst, weitergehende Schutzmaßnahmen gem. § 15a Abs. 2 Ziff. 2 CoronaSchVO für private Feste nach I., öffentliche Veranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Konzerte und Aufführungen sowie ähnliche Veranstaltungen nach II. und für Sportveranstaltungen im Innenbereich nach III. im Rahmen dieser Allgemeinverfügung auf Grundlage des § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG anzuordnen.

Das in § 28 Abs. 1 Satz 2 IfSG eingeräumte Ermessen wird dabei pflichtgemäß ausgeübt. Hierbei sind die entgegengesetzten Interessen unter Beachtung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit gegeneinander abgewogen worden. Das Interesse der Allgemeinheit an einer Verlangsamung der Verbreitung des Virus und dadurch der Aufrechterhaltung eines funktionierenden Gesundheitssystems rechtfertigt die getroffenen Einschränkungen.

Vor dem Hintergrund der dynamischen Entwicklung der SARS-CoV-2-Infektionen und der vorgeschriebenen Handlungserfordernisse auf Basis der 7-Tage-Inzidenz gem. § 15a CoronaSchVO ist mein Entschließungsermessen insofern reduziert, als weitergehende Schutzmaßnahmen zu treffen sind, um die Ausbreitung des Virus einzudämmen und Infektionsketten zu unterbrechen. Dazu müssen kontaktreduzierende Maßnahmen zur Beeinflussung, insbesondere Verzögerung der Ausbreitungsdynamik ergriffen und Infektionsketten unterbrochen werden. Durch die mit Hilfe dieser Maßnahmen verlangsamte Weiterverbreitung des Virus kann die dringend erforderliche Zeit gewonnen werden, um im Interesse des Gesundheitsschutzes vulnerabler Personengruppen das Gesundheitssystem leistungsfähig zu halten. Die rasante Entwicklung des Infektionsgeschehens der

letzten Tage zeigen, dass die bisherigen Maßnahmen - insbesondere die landesweiten Regelungen der CoronaSchVO - nicht ausreichen.

Da in der Vergangenheit insbesondere größere Feiervesellschaften lokal maßgeblich zum Infektionsgeschehen beigetragen haben, sind zur Verhinderung der weiteren Ausbreitung Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet, erforderlich und angemessen sind, dass lokale Infektionsgeschehen einzugrenzen. Die unter I. dieser Allgemeinverfügung getroffenen Anordnungen sind geeignet, weil der Anstieg der Infektionszahlen auch auf das Zusammentreffen größerer Personengruppen bei privaten Feierlichkeiten im geselligen Bereich zurückzuführen ist. Auch sind sie erforderlich, weil gerade größere Feste, Zusammenkünfte und Veranstaltungen zu einer erheblich höheren Zahl an Infizierten geführt haben. Andere Maßnahmen als die Reduzierung der Teilnehmerzahlen bei privaten Festen versprechen nicht den gleichen Erfolg hinsichtlich der Verhinderung von Infektionen. Bei Feiern soll es demnach grundsätzlich möglich bleiben, diese durchzuführen, ggf. mit weniger belastenden Vorgaben als einer kompletten Absage der Veranstaltung.

Notwendig ist hierbei eine Abwägung in einem strukturierten Risikomanagementprozess, um die konkret zu ergreifenden Maßnahmen ermitteln zu können und die Veranstalter auf die Prüfung der Notwendigkeit von privaten Festen zu sensibilisieren. Hiervon ausgehend ist eine weitere Differenzierung der Veranstaltungen anhand ihrer Größe notwendig. Angesichts des mit steigender Personenzahl ebenfalls steigenden Verbreitungsrisikos erscheint es zur sachgerechten Handhabung der Regelungen sinnvoll, für Veranstaltungen mit vornehmlich geselligem Charakter grundsätzlich eine Anzeigeverpflichtung aufzuerlegen, damit die Stadt Mönchengladbach überhaupt Kenntnis von der Veranstaltung erhalten kann. Auch sind die Anordnungen sachgerecht, weil bei privaten Festen, welche laut CoronaSchVO nicht unter die Masken- und Abstandspflicht fallen, nachgewiesenermaßen das Infektionsrisiko sehr hoch ist und mit steigender Besucherzahl und unkontrollierbaren Infektionsketten weiter anwächst.

Angesichts des erhöhten Risikos und der proportional höheren Anzahl an möglichen Infizierten kann es bei der Durchführung von Veranstaltungen nicht bei reinen Empfehlungen bleiben. Vor diesem Hintergrund ist die Begründung für die zwingende Durchführung zum aktuellen Zeitpunkt und die Vorsorge- und Hygienemaßnahmen abzufragen, um eine risikogerechte Bewertung der Veranstaltung vornehmen zu können.

Auch die Durchführung von öffentlichen Veranstaltungen im Bereich Kultur, Sport und sonstigen Darbietungen soll weiterhin möglich bleiben. Mithin dienen meine Anordnungen zu II. und III. dem erhöhten Gesundheitsschutz der Bevölkerung und sind geeignet, um weitere Infektionen zu verhindern. Zur Gesundheitssicherung der Bevölkerung ist es notwendig, Abstände im Rahmen der Zusammenkünfte von großen Menschengruppen bei Veranstaltungen zu wahren und zulässige Veranstaltungen unter weitergehende Hygiene- und Infektionsschutzmaßnahmen zu stellen. Hier spricht die allgemeine Lebenserfahrung dafür, dass bei großen Menschenansammlungen Abstandspflichten nicht in dem gebotenen Maße eingehalten werden. Die Ausweitung der Kontrollmaßnahmen für öffentliche Veranstaltungen jeglicher Art stellen die einzigen wirksamen Anordnungen dar, die mir zur Verfügung stehen. Um das Ziel zu erreichen, hier eine Verbreitung des Virus zu verhindern oder zu verzögern, besteht die dringende Veranlassung, die oben genannten Maßnahmen für die genannten Veranstaltungen anzuordnen.

Der Ausschluss von Zuschauern soll dazu dienen, ein vollständiges Verbot von öffentlichen Veranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Konzerten, Aufführungen und ähnlichen Veranstaltungen sowie Sportveranstaltungen im Innenbereich zu verhindern. Zudem fördern die erhöhten Kontrollpflichten (z.B. zusätzliche Ordner, Überprüfung der korrekten Personendaten) die tatsächliche Durchsetzung der bereits geltenden Vorgaben und Verhaltenspflichten aus der CoronaSchVO.

Darüber hinaus ist es aufgrund der Überschreitung des Wertes von 35 in der 7-Tage-Inzidenz durch die drastisch steigenden Infektionszahlen in den vergangenen Tagen und der weiterhin dynamischen Entwicklung der SARS-CoV-2 Infektionen erforderlich, weitere - über den Regelungsinhalt der CoronaSchVO hinausgehende - kontaktreduzierende Maßnahmen zur Beeinflussung der Ausbreitungsdynamik zu ergreifen und Infektionsketten zu unterbrechen. Jeder nähere Kontakt zu Mit-

menschen beinhaltet ein derart großes Gefahrenpotential, so dass nur durch die Ausweitung der Schutzmaßnahmen bei Veranstaltungen bzw. durch den Prüfprozess und die Reduzierung der Teilnehmerzahlen bei privaten Festen im Rahmen der hier angeordneten Maßnahmen einer weiteren Ausbreitung von Infektionen durch den SARS-CoV-2 Virus entgegengewirkt werden kann, ohne dass erneut ein generelles Verbot für derartige Zusammenkünfte ausgesprochen werden muss. Das Interesse der Allgemeinheit an der allgemeinen Gesundheitssicherung sowie der individuellen Erhaltung der Gesundheit wiegt deutlich schwerer, als das private Interesse an der Teilnahme an kulturellen und sozialen Kontakten bei Veranstaltungen oder privaten Feiern sowie die finanziellen und wirtschaftlichen Interessen der jeweiligen Veranstalter oder Betreiber. Aus Gründen der Verhältnismäßigkeit erfolgt eine zeitliche Befristung dieser Anordnungen.

Mit dieser Allgemeinverfügung wird der Erlass des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales NRW vom 12.10.2020 umgesetzt.

Bekanntmachung

Diese Allgemeinverfügung wird gemäß § 41 Abs. 3 und 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) im Amtsblatt der Stadt Mönchengladbach öffentlich bekannt gemacht.

Sofortige Vollziehung

Die Allgemeinverfügung ist kraft Gesetzes sofort vollziehbar nach § 28 Abs. 3 i.V.m. § 16 Abs. 8 IfSG. Die Anfechtungsklage hat damit gem. § 80 Abs. 2 Ziff. 3 Satz 1 VwGO keine aufschiebende Wirkung. Dies bedeutet, dass die Allgemeinverfügung auch bei Klageerhebung zu befolgen ist. Beim Verwaltungsgericht Düsseldorf kann gemäß § 80 Abs. 5 VwGO die Herstellung der aufschiebenden Wirkung beantragt werden.

Hinweis:

Nach § 75 Abs. 1 Nr. 1 Infektionsschutzgesetz wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer einer vollziehbaren Anordnung nach § 28 Abs. 1 Satz 2 Infektionsschutzgesetz zuwiderhandelt.

Handelt der Täter fahrlässig, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder Geldstrafe (§ 75 Abs. 4 Infektionsschutzgesetz).

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe beim Verwaltungsgericht Düsseldorf, Bastionstraße 39 in 40213 Düsseldorf, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts, Klage erhoben werden.

Die Klage kann auch als elektronisches Dokument nach Maßgabe des § 55a VwGO und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (ERVV) eingereicht werden.

In Vertretung

Matthias Engel
Beigeordneter



„Amtsblatt der Stadt Mönchengladbach“ - Herausgeber:
Der Oberbürgermeister – Fachbereich Organisation und
IT, Wilhelm-Strauß-Straße 50-52, 41236 Mönchenglad-
bach, Telefon (02161) 25-2565 oder 25-2563. Das Amts-
blatt erscheint in der Regel am 15. und Letzten
eines Monats. Der Jahresbezugspreis einschließlich Post-
zustellgebühren beträgt 20,45 EURO, zahlbar im Voraus
nach Erhalt der Rechnung. Einzelexemplare werden im
Fachbereich Organisation und IT zum Preis von 0,77
EURO abgegeben. In den Stadtbibliotheken und in den
Bezirksverwaltungsstellen liegt das Amtsblatt zur Einsicht-
nahme aus. Neu- bzw. Abbestellungen nimmt Fachbe-
reich Organisation und IT nur schriftlich entgegen. Kündi-
gungen sind bis spätestens 30. November (Poststempel)
nur zum Ende des Jahres möglich.

Druck: Peter & Walter Pies, 41065 Mönchengladbach.

Stadt Mönchengladbach, 41050 Mönchengladbach
Postvertriebsstück, DPAG, Entgelt bezahlt